

ContraSalon

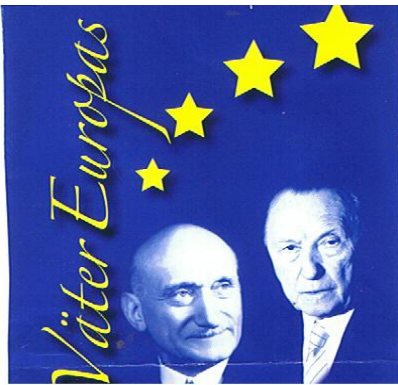
Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ *Mein politischer Privatbrief* No 11 – 1.6.2012

welcher bundesminister pro kernkraft? + herbert reul gegen eu-öko-förder-durcheinander
arnold vaatz widersteht volker kauder + neu-alte lügen über fukushima-ursachen + bauern-
präsident rukwied gegen massenhafte verluste von agrarland + skandal-kongress in rio +
auszug aus der original-rio-erklärung + wie gut oder gefährlich sind „ccs“-experimente?

Statt mehr Europa – mehr Zittern vor acht Richtern in Karlsruhe?

Tief im deutschen Nebel wird 24 Jahre nach dem Mauer-Fall über Europa gegrübelt

In der Theorie war nach Hitlers Krieg fast alles einfach. Die frei gebliebenen Westdeutschen schrieben sich in ihrem Grundgesetz vor, (mit einer ersten Abgabe von Souveränität) ein vereintes Europa zu wollen. Man demonstrierte damit, aus dem NS-Erleben gelernt zu haben. **Konrad Adenauer** suchte umzusetzen, was wenige deutsche Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberale schon vor 1933 angedacht hatten.



Robert Schuman & Konrad Adenauer

Der „Schuman-Plan“ entstand in der ersten Mai-Woche 1950 unter strikter Geheimhaltung durch politisch schwerwiegende Ergänzungen eines Entwurfs, den **Jean Monnet** - ohne Echo - zunächst Premier **Georges Bidault** zugeschickt hatte. Am 8. Mai mittags brachte ein Bote den fertigen Entwurf zu Konrad Adenauer nach Bonn. Auch dies wurde allseitig geheim gehalten. Adenauer stimmte dem Plan zu.

Schuman „informierte“ die Regierung in Paris bewusst oberflächlich. Nur seine Minister-Kollegen und Freunde **René Mayer** und **René Pleven** erfuhren im Büro Schuman die revolutionäre Tendenz des geplanten Vertrags. Der Außenminister: „Wenn das durchkommt, werden wir die Großindustrie der Deutschen kontrollieren können, **aber auch sie die unsere.**“

Man stelle sich kurz vor, Adenauer hätte vor Vertragsschluss den Bundestag und Bidault die Pariser Nationalversammlung informieren müssen! In der späteren Debatte tobten in Paris – wie erwartet - Kommunisten und Gaullisten. Christdemokraten und Sozialisten brachten den Vertrag mit Mühe durch. Mit einer Vorschrift nach Art der letzten Karlsruher Urteile wäre Schuman rasch gescheitert.

Man erhebt hier den Einwand, die Anforderung „mehr Demokratie“ hätte sich nach Wegfall des sowjetischen Drucks (1989) stark geändert. Auch internationale gleich europäische Verträge müssten künftig offener behandelt und den Wählern früher als bisher vorgelegt werden. Das könnte nur theoretisch sein, denn z.B. Frankreich, England und die USA handeln auch heute noch in geheimen Abläufen wie speziell gepanzerte Kräfte – und ganz so wie zwischen 1945 und heute. Angela Merkel kann deshalb nicht Vertragsverhandlungen mit der Bitte unterbrechen: „Ich brauche erst grünes Licht aus dem Bundestag.“

Ich hoffe mit meinen Lesern und Freunden, dass das höchste Gericht endlich „mehr Europa“ passieren lässt, zähneknirschend und mit Kommentar. Aber der Schaden bleibt, und die letzten Wochen sitzen im Gedächtnis unserer Partner.

Forderungen, die Politiker sollten „bessere Richter“ nach Karlsruhe zu schicken, sind Unsinn und falsch. Berlin UND Karlsruhe müssten ganz neu nachdenken. Sollten nämlich Schäuble und alle Parteien – wohl ohne Kommunisten und einige Solisten – am Ende meinen, unser Volk müsse durch Abstimmung das Grundgesetz ändern, bleibt nur ein einziger Weg: Verfassungsrichter, demokratische Bundestagsfraktionen und Bundesrat müssten überall in der Öffentlichkeit **GEMEINSAM** für die endgültige Wende nach Europa alle Tage und **EINMÜTIG** bis zum Urnengang kämpfen. Nur dann hätte der weise Einsatz für Europa von Schuman, Adenauer und anderen Tapferen bis heute Sinn behalten.



MEDIEN

Über FUKUSHIMA wird weiter gelogen

Ohne den Tsunami wäre im Kraftwerk kein Glas Cola umgefallen

Anlässlich der weltweit *außer hierzulande* längst als sicher erwarteten Wiedereinschaltung japanischer Kernkraftwerke Mitte Juni wiederholte die Agentur „Associated Press“ die **Haupt-Lügen über den Fall FUKUSHIMA** (Auszug) : „Bei dem schweren Erdbeben **und** (?) dem Tsunami am 11. März 2011 war das Atomkraftwerk Fukushima-Diachi verwüstet worden. Explosionen (welche?), Kernschmelzen und das Austreten von radioaktiver Strahlung (warum?) waren die **Folge**.“ - Vor allem Regionalblätter schrieben bei „ap“ aus Überzeugung oder Faulheit ab, z. B. der *Bonner General Anzeiger* am 18. Juni 2012.

Die Wahrheit steht in Berichten der Wiener UN-Atombehörde und in 2011er Forschungsakten von acht Nationen, die vor Ort bis zu drei Monate Fakten dokumentierten. USA- und Israel-Beispiel: „Die Anlagen in Fukushima wurden mit **Beginn des Erbebens** planmäßig abgeschaltet, **keine beteiligte Apparatur fiel dabei aus**. Erst als **acht Minuten nach Ende der Abschaltung der Tsunami mit seinen Wassermassen in den AKW-Bezirk eindrang**, kam es **durch steigendes Wasser** zu Beschädigungen der Kühlsysteme und ihrer Not-Diesel, später auch zu Wasserstoff-Explosionen in Reaktoren wegen des Fehlens von Anlagen, welche solche Explosionen verhindern. Diese waren aus Geiz nicht gekauft worden. Doch auch Beschädigungen an den Reaktoranlagen **stammen nicht vom Erdbeben, sondern nur vom Tsunami**.“ Ich nenne die „ap“-Meldung bewusst **nicht Irrtum sondern Lüge**, weil die Fakten über zahlreiche Quellen längst verbreitet worden waren und serösen Blättern nicht entgehen konnten.

Übrigens sind **auch alle anderen japanischen AKWs** am 11.3.2011 ohne Störung planmäßig abgeschaltet worden. Ein Skandal bleibt Fukushima nur unter dem Aspekt, dass **seine radikal-kapitalistischen Betreiber und Japans Regierung schon beim Bau Kosten sparen wollten**. Zum Beispiel dadurch, dass die Abwehrmauer zum Pazifik hin **acht Meter zu niedrig gebaut** wurde, obschon diese acht Meter in der Planung nicht fehlten. Die Baupläne sind jetzt endlich im Besitz der Staatsanwaltschaft.

Hat auch Eure Zeitung die Fukushima-Lüge gebracht? Schreibt ihr die weltweit bekannte Wahrheit. Vielleicht noch, dass alles schon April 2011 in der „Neuen Zürcher Zeitung“ stand.

NAMEN SIND NACHRICHTEN



. Joachim Rukwied, Bauernpräsident

Joachim Rukwied, 50, **Sonnleitner** - Nachfolger an der Spitze des Deutschen Bauernverbandes, wird in Berlin „mit einigen Bauchschmerzen erwartet“. Ich hörte aus dem Landwirtschaftsministerium, der Neu-Schwabe, dreifache Vater, Besitzer von 15 Kühen und Vertreter von 300000 Bauern werde „die üblichen Verbeugungen vor den Grünen nicht mitmachen.“ CDU-Mitglied Rukwied wettert gegen „massenhafte Flächenverluste“ zu Lasten von Nahrungserzeugung, die vor allem Mais in Biogas-Anlagen bringt, um „grünen“ Strom zu erzeugen. Durch die „Energiewende“ können die **neureichen Gasfürsten beim Landkauf sehr**

viel Bares bieten, und in Ostdeutschland haben dadurch immer mehr Bauern aufgegeben und kassiert. Rukwied will auch das Zurückdrängen des Naturschutzes durch Produkte der „Energiewende“ (Windmühlen, Elektro-Zusatztrassen, Monokulturen) auf die Tagesordnung bringen. Inzwischen, so sagt er, hätten „andere europäischer Länder, die als Sünder bekannt wurden waren, schon mehr Naturschutz wie wir“.

Lech Piechota, polnischer Kurienprälat und „Persönlicher“ von Kardinal **Tarcisio Bertone**, ein Pendant des Deutschen **Georg Gänswein**, der dem Papst dient, ist nach Erkenntnissen von Warschauer Abwehrbeamten der wichtigste „Einflussagent“ des rechtskonservativen

Paters **Tadeusz Rydzyk** („Radio Maria“) im Vatikan. Er soll seinerzeit die positive Botschaft von Benedikt XVI. an das fundamentalistische Privatrado erreicht haben, um von der engen Verbindung der Gruppe Rydzyk mit der rechten Partei PiS des Oppositionsführers **Jaroslav Kaczynski** abzulenken. Höhepunkt der Rydzyk-Hetze: Premier **Donald Tusk** sei „wirklich ein Mörder, denn er hat die Unglücksmaschine mit meinem Bruder damals nach Russland fliegen lassen.“

Michael Kauch MdB aus Unna ist noch immer **Umweltsprecher der FDP-Bundestagsfraktion**. Der Volkswirt mit schwachen technischen Kenntnissen enttäuschte zahlreiche Energie-Experten seiner Partei, die den Kernkraft-Schwenk der Kanzlerin 2011 ablehnten. Kauch wird jetzt in neuen Berliner Energie-Debatten kaum noch gefragt. Wähler der CDU in NRW, welche inzwischen FDP-Freunde fragten, ob die FDP-Führung unter neuer Führung sähe, dass „massenhaft CDU-Wähler wegen der Energiepolitik zur FDP überlaufen würden, wenn diese auf Distanz zur Kanzler-Linie gingen“, wurden abermals enttäuscht. **Ein hoher Ex-Beamter mit FDP-Nähe zu mir: „So lange Leute wie Kauch ihre Funktion behalten, sollte niemand Illusionen haben.** Abwarten: Denn am 30.6. tagt die sächsische FDP in Dresden und kritisiert den Atom-Ausstieg.

Bundesminister M. sagte dem linken Magazin KONKRET seine Meinung zu „Atom-Abfällen“: „Wir wollen unsere Abfälle in Salzstöcken lagern, etwa 1000 Meter tief und abgeschlossen von der Biosphäre, in Formationen, die seit 200 Millionen Jahren geologisch stabil sind. Wir sind jetzt in der Lage, Abfälle in einen glasförmigen Zustand zu bringen, der äußeren Angriffen standhalten kann. Dies ist die sicherste Lagerungsmethode.“

Bitte sagen Sie uns per e-mail, wer der Bundesminister war, mit dem KONKRET sprach. Nur soviel: Er war auch hoher Gewerkschafter. 1. Einsender erhält die neue Englisch-Ausgabe meines Polen-Buchs

WERKSTATT EUROPA

Weiter schädliche Öko-Alleingänge auf Europas Dächern ?

Inzwischen kaum noch zu übersehen: CDU/CSU-Abgeordnete des Bundestages und des Europäischen Parlaments haben zu gleichen Problemen öfter verschiedene Meinungen. Zum Beispiel zur Photovoltaik = Strom vom Dach. Und es ist auch sicher, dass unsere Leute im Europäischen Parlament keinem Ausstieg aus der Kernenergie zugestimmt hätten, jedenfalls keine Mehrheit. Nachfolgend die Meinung (Text gekürzt) des bergischen Europaabgeordneten und CDU/CSU-Gruppenvorsitzenden **Herbert Reul** zum neuen europäischen „Energiefahrplan 2050“ der Brüsseler Kommission:

„**U**m den Anteil der erneuerbaren Energien langfristig zu erhöhen, muss das **Durcheinander an nationalen Fördermodellen** beendet werden. An einem EU-Rechtsrahmen kommen wir nicht vorbei, wenn wir es mit einem Energie-Binnenmarkt wirklich ernst meinen. Nationale Subventionen fragmentieren den Gemeinsamen Markt und **verhindern ein verlässliches und stabiles Investitionsklima**. Die Kommission sorgt sich zu Recht um die Effizienz der nationalen Fördermodelle. Die Konsequenz muss sein, dass wir einen europäischen Förderrahmen schaffen. Natürlich gibt es große Unterschiede zwischen EU-Staaten, was die erneuerbaren Energien angeht. Die Kriterien für die Förderung aber sollten künftig einheitlich sein.“

Reul und die Mehrheit aller Europaabgeordneten sind anders als die Regierung in Berlin für ein „**Mix**“ in der **Energiewirtschaft**, folglich auch für ein Einbeziehen von Kernkraft. Jeder EU-Staat könnte und sollte jedoch seinen Anteil an möglichen Energieformen im Mix selbst bestimmen. Im Bundestag sieht es dazu auf den ersten Blick so aus, als sei das ganze Haus gegen Kernkraft im Mix. Seit Wochen jedoch wird deutlich, dass sowohl in der CDU/CSU als auch bei der FDP sehr wohl auch andere Meinungen existieren. Einige Abgeordnete, z.B. **Arnold Vaatz (CDU)**, Dresden, sind deshalb froh darüber, dass im Europäischen Parlament das Konzept Mix gilt. CDU/CSU-Fraktionschef **Volker Kauder** bat kürzlich seinen Kollegen und Stellvertreter Vaatz, keine Vorträge zur „Energie-Wende“ mehr zu halten. Der Atom-ausstieg-Gegner hielt sie dennoch.

Im Übrigen wird die EU-Kommission energiepolitisch noch viele harte Nüsse zu knacken haben. Denn ausgerechnet die mittelmeerischen Sonnenländer, die „grünen“ Strom wirtschaftlich statt nur mit Subventionen produzieren könnten, zögern weiter und glauben, mit ihren bisherigen Mix-Formen auskommen zu können.

Gentechnik: Mal nein, mal bitte

Ein weiterer fundamentaler Gegensatz zwischen „Brüssel“ und Teilen der nationalen Parlamente wächst aus **Ablehnung oder Förderung gentechnisch veränderter Nutzpflanzen**. Einige nationale Politiker sind radikal gegen jede Form der Gentechnik, darunter die CSU-Leute in Bayern. Andere (in den USA vor allem) glauben im Gegenteil, man könne mit Gentechnik den Hunger in der Welt bekämpfen und schlechte Getreideernten vermeiden.

Teurer und überflüssiger Test

Am „Europa-Tag“ (9.5.2012) war die größte und teuerste „**Bürgerbefragung**“ der EU gestartet worden. Herauskommen soll nach Meinung der Kommission, „wie geltende Unionsbürgerrechte künftig besser ausgestaltet sein könnten“. Selbst das Empfinden der EU-Bürger beim Online-Einkauf wird durchleuchtet. Das Ergebnis (?) wird „Grundlage für einen Bericht über Unionsbürgerschaft, der 2013 in einem ‚Europäischen Jahr‘ den Bürgerinnen und Bürgern vorgelegt (?) werden soll.“ Ich halte das Unternehmen schon jetzt für überflüssig, von vornherein für aussageunfähig und ohnehin für Geldverschwendung. Wenn Sie das auch so sehen: Ihren **MdEP anrufen und Kritik üben**.

Unbeleuchteter „Rio-20“-Skandal: Millionen für folgenloses Palaver Wie der abermalige „Erd-Gipfel“ von unkritischen Medien grün eingenebelt wird

Einige UNO-Offizielle, bezahlte Kongress-Profis und die grüne Welt-Szene vom Rucksack-Fan bis zur größtmöglichen Limousine und steuerbegünstigten Greenpeace-Deutschen inszenierten kürzlich in Rio de Janeiro die bisher teuerste „Umweltrettung“. Sie erreichte noch mehr Rekorde: Noch nie gab es so viele „Delegierte“ mit Pseudo-Mandaten, Text-Blabla und so penetrante weltweite Täuschung durch willige Medien. 50.000 „Teilnehmer“ registrierten Polizei und Beobachter; nur 190 „Offizielle“ hätten beraten, schimpfte sogleich die UNO-Vertretung in Brasilia. Die so genannte „Abschluss-Erklärung“ zählt in Zeile 1 als Teilnehmer Staatspräsidenten, Regierungen und „high level representatives“. Kein Mehrfaches von 190 ??

Ausnahmsweise wahr ist, dass das Schlusspapier von den Brasilianern VOR der Eröffnung verteilt und verschickt wurde. Auch wahr ist, dass das Papier von 50 auf 49 Blatt „gekürzt“ wurde, ummantelt mit der Lüge, man habe „sehr lang und sehr intensiv diskutiert“. Lange Texte waren vor allem Anklagen gegen USA und Kapitalismus.

Wie albern Erfolge behauptet wurden, lesen wir in den 13. Eröffnungspunkten der „Erklärung“, gespickt mit Phrasen und 24mal mit den modischen „Nachhaltigkeit“ und „nachhaltig,“ ohne dabei zu einer einzigen konkreten und planbaren Aktion beizutragen.

Haben ARD/ZDF und andere Sender die Zahl 50.000 mit angeblich nötigen rund 100.000 Flugbuchungen kritisiert? Die „rund eine Million Taxifahrten“, Telefonate, Essen, Hotels, Video-Konferenzen und „Sonstiges“? Fehlanzeige, kein „böses“ Wort fiel. Der gesendete deutsche Beitrag war eine kurze und überaus vorsichtige Rede von Umweltminister Altmair.

Das Plenum jammerte ausdauernd über „die“ schuldigen Regierungen, vor allem die USA. Einige Beiträge zeigten wenigstens, dass der Spesen-Gipfel im reichsten Umwelt-Zerstörer-



land Lateinamerikas ablief, sogar zum zweiten Mal. Wieder einmal erlebten wir, wie eine grüne Mafia eigenen „Naturschutz“ genießt.

Sie können jetzt in Englisch die Auftakt-Seiten der Pseudoerklärung von „Rio 20“ lesen (1 ½ Seiten DIN-A-4):

The future we want Our common vision

1. We, the Heads of State and Government and **high-level representatives**, having met at Rio de Janeiro, Brazil, from 20 to 22 June 2012, **with the full participation of civil society**, renew our commitment to sustainable development and to ensuring the promotion of an economically, socially and environmentally sustainable future for our planet and for present and future generations.

2. Eradicating poverty is the greatest global challenge facing the world today and an indispensable requirement for sustainable development. In this regard we are committed to freeing humanity from poverty and hunger as a matter of urgency.

3. We therefore acknowledge the need to further mainstream sustainable development at all levels, integrating economic, social and environmental aspects and recognizing their interlinkages, so as to achieve sustainable development in all its dimensions.

4. We recognize that poverty eradication, changing unsustainable and promoting sustainable patterns of consumption and production and protecting and managing the natural resource base of economic and social development are the overarching objectives of and essential requirements for sustainable development. We also reaffirm the need to achieve sustainable development by promoting sustained, inclusive and equitable economic growth, creating greater opportunities for all, reducing inequalities, raising basic standards of living, fostering equitable social development and inclusion, and promoting integrated and sustainable management of natural resources and ecosystems that supports, inter alia, economic, social and human development while facilitating ecosystem conservation, regeneration and restoration and resilience in the face of new and emerging challenges.

5. We reaffirm our commitment to make every effort to accelerate the achievement of the internationally agreed development goals, including Millennium Development Goals by 2015.

6. We recognize that people are at the centre of sustainable development and in this regard we strive for a world that is just, equitable and inclusive, and we commit to work together to promote sustained and inclusive economic growth, social development and environmental protection and thereby to benefit all.

7. We reaffirm that we continue to be guided by the purposes and principles of the Charter of the United Nations, with full respect for international law and its principles.

8. We also reaffirm the importance of freedom, peace and security, respect for all human rights, including the right to development and the right to an adequate standard of living, including the right to food, the rule of law, gender equality, the empowerment of women and the overall commitment to just and democratic societies for development.

9. We reaffirm the importance of the Universal Declaration of Human Rights, as well as other international instruments relating to human rights and international law. We emphasize the responsibilities of all States, in conformity with the Charter of the United Nations, to respect, protect and promote human rights and fundamental freedoms for all, without distinction of any kind as to race, colour, sex, language, religion, political or other opinion, national or social origin, property, birth, disability or other status.

10. We acknowledge that democracy, good governance and the rule of law, at the national and international levels, as well as an enabling environment, are essential for sustainable



development, including sustained and inclusive economic growth, social development, environmental protection and the eradication of poverty and hunger. We reaffirm that to achieve our sustainable development goals we need institutions at all levels that are effective, transparent, accountable and democratic.

11. We reaffirm our commitment to strengthen international cooperation to address the persistent challenges related to sustainable development for all, in particular in developing countries. In this regard, we reaffirm the need to achieve economic stability, sustained economic growth, promotion of social equity and protection of the environment, while enhancing gender equality, the empowerment of women and equal opportunities for all, and the protection, survival and development of children to their full potential, including through education.

12. We resolve to take urgent action to achieve sustainable development. We therefore renew our commitment to sustainable development, assessing the progress to date and the remaining gaps in the implementation of the outcomes of the major summits on sustainable development and addressing new and emerging challenges. We express our determination to address the themes of the United Nations Conference on Sustainable Development, namely, a green economy in the context of sustainable development and poverty eradication, and the institutional framework for sustainable development.

13. We recognize that opportunities for people to influence their lives and future, participate in decision-making and voice their concerns are fundamental for sustainable development. We underscore that sustainable development requires concrete and urgent action. It can only be achieved with a broad alliance of people, governments, civil society and the private sector, all working together to secure the future we want for present and future generations.

CCS – ein weiteres grünes Pleite-Symbol

Die grüne Mafia, größtenteils steuerbegünstigt agitierend wie „GREENPEACE“, fordert seit Jahren die Beseitigung von CO₂-Gas, unter anderem durch Verflüssigung, vor allem aber durch Verpressen in unterirdische Kavernen wie z.B. verlassene Bergwerke. Experten haben ihnen übereinstimmend gesagt, dass 1. in Deutschland dazu nur wenige Jahre Platz wäre, 2. das Verfahren teuer ist, natürlich wieder zu Lasten der Steuerzahler, 3. teilweise hochgefährlich, denn in England und USA kam es schon zu „CCS-Erbeben“.

*In diesen Tagen blieb unklar, ob die Bundesregierung am CCS „final“ festhält, was Röttgen-Nachfolger Altmaier offenbar ungern sähe. Immerhin fließen weiter Forschungsmittel in ein schon weltweit erforschtes Gebiet. Die grüne Berliner Mafia droht überparteilich: „**Deutschland würde eine EU-Richtlinie verletzen, wenn es bei CCS aufgabe.**“ Falsch, denn ein EU-Mitglied kann von Richtlinien abweichen, die in seinem Territorium z.B. technisch nicht anwendbar sind. - Unten ein Brief an den (2010) damaligen Wirtschaftsminister Brüderle. //*

Dr.Ing. Backhaus arbeitet in einer Umwelt-Initiative im Bonner Raum.

Dr. Ing. Dr. rer. pol. Herbert Backhaus
Reichenbergerstr. 44 // 53604 Bad Honnef

Herrn Bundesminister
Dr. Rainer Brüderle MdB

Sehr geehrter Herr Brüderle,

|| In einer Notiz der VDI-Nachrichten vom 16. Juli 2010 war zu lesen, dass Sie sich dafür einsetzen, die sogenannte CCS-Technik per Gesetz in Deutschland zu forcieren. Wie schon durch das „Erneuerbare Energieengesetz“ soll offensichtlich wieder einmal eine ökonomisch und auch ökologisch unsinnige Technik per Gesetz auf wackelige Beine gestellt werden.

|| Bei der Verstromung von Braun- und Steinkohle werden in Deutschland jährlich knapp 300 Millionen Tonnen CO₂ in die globale Atmosphäre entlassen. Weltweit sind dies mehr als

30.000 Millionen Tonnen, und davon würden wir nur rund 1 % mit Hilfe der CCS-Technik in geologische Untergründe versenken, wenn dies denn klappt.

|| Der ökologische Unsinn deutscher CCS-Techniken wird besonders deutlich, wenn wir die Nutzung von Steinkohle global bewerten. In den VDI-Nachrichten war zu lesen, dass 2009 die Förderung um 250 Millionen Tonnen auf 6.100 Millionen Tonnen angestiegen ist. Allein durch diesen Zuwachs und werden jährlich ca. 900 Millionen Tonnen CO₂ anfallen. Sind rund dreimal mehr als wir in Deutschland bestenfalls unterirdisch deponieren könnten. Und nur so lange, wie Platz ist. Was dann? Dass es sich hierbei um eine riskante Endlagerung handelt, sollte allen Befürwortern der CCS-Technik ins Stammbuch geschrieben werden. Erst kürzlich dokumentierte die BBC Fälle von Erdbeben durch CCS-Technik.

|| Der ökonomische Aspekt der CCS-Technik ist völlig negativ, denn die Stromerzeugungskosten können sich mehr als verdoppeln. Dem deutschen Stromverbraucher würden weitere Milliarden an Kaufkraft entzogen. Er hätte noch weniger „Netto vom Brutto“.

|| Ich hoffe, dass die CCS-Technik das gleiche Schicksal erleiden wird der höchstsubventionierte Transrapid - zum Wohl der deutschen Stromverbraucher.

Mit freundlichen Grüßen aus Bad Honnef, *Herbert Backhaus*

PS 1: Noch zu Rio: Wie ich von einem Teilnehmer höre, war die EU in Rio „völlig isoliert“. Dazu trug auch bei, dass jetzt nicht mehr nur die Briten das Dogma vom „menschengemachten“ CO₂ verwerfen. Polen kam hinzu, doch eine weitere Recherche war verblüffender: Nur in deutschen Schulbüchern ist die Lehre vom schuldigen Menschen zu lesen, in allen anderen relevanten Büchern von EU-Staaten (außer Österreich) heißt es höchstens, die Ursache der CO₂-Vermehrung sei „umstritten“

PS 2: Seit Wochen steigt der Prozentsatz der Bürger, die nicht mehr an die Energie-Wende glauben oder wenigstens meinen, sie komme erst „Jahrzehnte später“. Nur noch 38% (Zahl fallend) erwarten Vorteile. Das Interessanteste: Seit SPIEGEL, FOCUS und erste Tageszeitungen die bisher totgeschwiegenen Gegner des Berliner Schwenks breit zu Wort kommen lassen und fünf neue Bücher zur Verteidigung eines „Mix“ unter Einschluss der Kernkraft erschienen sind, beschleunigen sich in Umfragen die Werte contra Atom-Ausstieg.

Jürgen Wahl, Seibachstraße 6, D-53343 WACHTBERG (PECH), Tel. (49) 228 -32 43 81

ContraSalon lebt nur von Spenden! Beliebige Summen bitte schicken an:

Konto = Jürgen Wahl: 101 40 30 17 BLZ 370 69 805